



Verband der
Bürgschaftsbanken

Der Geschäftsführer

Verband der Bürgschaftsbanken · Adenauerallee 148 · 53113 Bonn

An das
Bundesaufsichtsamt
für das Kreditwesen
Graurheindorfer Str. 108

53117 Bonn

Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen		
Poststelle		
Eing. 14. MAI 2001		
Abt. <u>I</u>	Ref. <u>5</u>	Anl.

Handwritten: 75/5, i.v., Olliv

11. Mai 2001

**Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht
Konsultationspapier zur Weiterentwicklung der Baseler Eigenkapitalübereinkunft**

Sehr geehrter Herr Sanio,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Möglichkeit, zu dem Konsultationspapier eine Stellungnahme aus Sicht der Bürgschaftsbanken abgeben zu können und kommen diesem Wunsch gerne nach.

I. Einführung

Die Bürgschaftsbanken Deutschlands haben sich in den vergangenen rd. 50 Jahren zu einer unverzichtbaren und bewährten Fördereinrichtung zur Finanzierung von KMU entwickelt. Mittels ihrer staatlich rückverbürgten Ausfallbürgschaften bieten sie nicht nur Sicherheiten, um in betriebswirtschaftlich geeigneten Fällen Unternehmern / Existenzgründern die Erlangung von Krediten auch dann möglich zu machen, wenn diesen bankmäßige Sicherheiten fehlen, sondern ihre Bürgschaften haben auch Einfluß auf die Zinsgestaltung für KMU-Kredite. Dies gewinnt zunehmend - vor dem Hintergrund der Basel-II-Diskussion - an Bedeutung. Die „Bankbürgschaften“ der Bürgschaftsbanken ermöglichen den Kreditinstituten eine geringere (20 %ige) Gewichtung des verbürgten Teils mit der Folge, daß die an

sich tendenziell teureren und „kostenmäßig uninteressanten“ Kredite an KMU für die Kreditwirtschaft interessant werden. Gleichzeitig reduzieren sich hierdurch auch die Kapitalkosten (Zinsen) für KMU.

Diese Wirkung soll künftig dadurch verstärkt werden, daß der staatlich rückverbürgte Anteil der von den Bürgschaftsbanken übernommenen Ausfallbürgschaften aufgrund einer beantragten Durchhaftung der Rückbürgschaft nur noch mit „null“ zu gewichten wäre.

Die Diskussion um eine Neuordnung der Eigenkapitalvoraussetzungen der Kreditinstitute nach Basel II belastet insoweit die Bürgschaftsbanken, als sie nach ihrer Art nur die tendenziell schwächeren, da kleinere Unternehmen (mehrheitlich) fördern und in einem hohen Maße Kredite an Existenzgründer gewähren, die nach dem Stand der bisherigen Diskussion keinem individuellen Rating unterliegen.

Die Bürgschaftsbanken beabsichtigen die Entwicklung eines eigenen, einheitlichen und bundesweit von den Bürgschaftsbanken anzuwendenden Rating-Verfahrens, das aufgrund der Intensität der Einzelfallprüfung „vor Ort“ und der Verzahnung betriebswirtschaftlicher Unternehmens- und Marktdaten und individuellem und persönlichem Beurteilungs-Know-how der Fachkunde und Qualifizierung von Kreditnehmern einem weitergehendem Anspruch Rechnung trägt, als dieser von den Universalbanken aus Kostengründen erbracht werden kann.

II. Anmerkungen zu Basel II

- Anerkennung des Anspruches der Bürgschaftsbanken aufgrund ihrer spezifischen regionalen Kenntnisse und des besonderen fachlichen Know-hows (Zusammenarbeit mit Berufsverbänden und Kammern) im Rahmen ihres eigenen Rating-Verfahrens eine Gewichtung auch von Existenzgründern im Stan-

derregelungen Abweichungen geben, die der Risikogewichtung für staatliche Kredite [„null“] entspricht.)

- Bürgschaftsbanken verbürgen entsprechend der Finanzierungskultur in Europa naturgemäß überwiegend langfristig laufende Kredite. Eine laufzeitabhängige unterschiedliche Gewichtung des Eigenkapitalansatzes mit der Folge, daß für langfristige Kredite Aufschläge zum Standardansatz nötig werden, wäre nicht nur der Finanzierungskultur in Deutschland abträglich, sondern würde die gesamte Förderstruktur für kleine und mittlere Unternehmen gefährden. Es ist sicherzustellen, daß für langfristige Kredite keine zusätzlichen Eigenkapitalbindungen vorgesehen werden. Vertragliche Gestaltungen lassen die Vorfälligkeit gefährdeter Kredite schon heute zu, so daß sich gegenüber der praktischen Risikobeurteilung gegenüber einem kurzfristigen Kredit eines gefährdeten Unternehmens keine gravierenden Unterschiede zeigen sollten, die diese stärkere, laufzeitbetonte Risikodifferenzierung erforderlich machen würde.

- Die Ansprüche nach dem Baseler Konsultationspapier, Engagements, die mehr als 90 Tage in Verzug sind, nach Abzug von Einzelwertberichtigungen, mit einer Risikogewichtung von 150 % zu versehen, entbehren nach Auffassung der Bürgschaftsbanken aus praktischer Erfahrung mit der KMU-Finanzierung der Notwendigkeit. Abgesehen davon, daß die Definition eines 90-tägigen „Verzugs“ nur sehr wage ist und die Definition dieser Vokabel zwingend wäre, erscheint der Zeitraum bei begründet ausgesetzten Rückzahlungsvereinbarungen äußerst knapp bemessen. Hier reagieren die Banken bei zweifelhaften Forderungen bereits in einem frühen Stadium mit vorsorglichen Einzelwertberichtigungen in Höhe des ungedeckten Restrisikos. Die Erfahrungen machen deutlich, daß die Verzugsdefinition kein geeignetes Instrument für die Risikoqualität einer Forderung ist. Die nach bestimmten Parametern gebildeten Einzelwertberichtigungen reichen in der Regel aus, den Schaden zu decken, wenn tatsäch-

lich Ausfälle entstehen. Eine Risikogewichtung für die in der Regel wirtschaftlich gedeckten, nicht wertberichtigten Ansprüche mit 150 % ist deshalb überzogen und bei einer Standardgewichtung mit 100 % auskömmlich. Die Bürgschaftsbanken fordern deshalb den Verzicht auf die Höhergewichtung von „Restforderungen“ nach Einzelwertberichtigung allein nach dem Verzugsgesichtspunkt.

Wir wären dankbar, wenn Sie unsere Anregungen bei den künftigen Beratungen berücksichtigen könnten. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zu Gesprächen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Verband der Bürgschaftsbanken e. V.



Dipl.-Volkswirt Stumpp
- Geschäftsführer -